

Christa Wichterich

Livelihood, Ökonomisierung des Lebendigen und gutes Leben

Feministische Perspektiven auf die verschlungenen Wege von Rio 1992 nach Rio 2012

1 Einleitung

Anlässlich der UN-Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung in Rio de Janeiro, die 20 Jahre nach der nun „legendär“ genannten ersten UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 am selben Ort stattfand, demonstrierten internationale Frauennetzwerke mit dem Slogan „Gegen die Kommodifizierung unserer Körper, unseres Lebens und der Natur“.

Hunderte von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) vom *Peoples' Summit* lehnten die „Erklärung“ der Regierungskonferenz 2012 ab. Diese zivilgesellschaftliche Kooperationsverweigerung stellt einen Kontrapunkt gegenüber dem Aufbruch dar, der 1992 stattfand. Damals, als nach dem Ende der bipolaren Weltordnung neue Global Governance Regime zur Bewältigung globaler Probleme und Krisen ausgehandelt werden sollten, beanspruchten Frauennetzwerke und andere NGOs Partizipation und boten den Regierungen dafür Kooperation an. 2012 wollten lateinamerikanische NGOs dagegen eine Bewegung zur „Überwindung des herrschenden Entwicklungsmodells“ in Gang setzen und kehrten mit radikalen Slogans zur Straße und zu den Diskursen zurück, die sie vor über 20 Jahren aufgegeben hatten, um den langen Marsch durch die Institutionen und die UN-Konferenzen anzutreten.

Im folgenden werden aus der Perspektive von unten, nämlich von der Ebene sozialer Reproduktion, von sozialen Bewegungen und Kämpfen vor allem im globalen Süden her die großen Entwicklungslinien in dem durch die neoliberale Globalisierung bestimmten Nexus zwischen Gender, gesellschaftlichen Natur- und Wirtschaftsverhältnissen und Global Governance Regimen analysiert. Der Fokus liegt auf den Widersprüchlichkeiten zwischen Ökonomisierung und dem „Anderen“, Empowerment und Einbindung.

2 Livelihood und Care

Ein Referenzpunkt der feministischen Debatten von 2012 war das Konzept von *Livelihood*, das Frauen aus dem globalen Süden, vor allem das Netzwerk DAWN (*Development Alternatives for Women in a New Era*), im Vorfeld der Rio-Konferenz von 1992 als eigenes Paradigma von Nachhaltigkeit entwickelten. Im Konzept sichere Lebensgrundlagen (*sustained livelihood*) sind die lokalen Reproduktionsbedingungen, die Mikrokosmen der alltäglichen Überlebenssicherung, in denen Ökonomie, Ökologie und Soziales ein untrennbares Ganzes bilden, die Schlüsselkategorie für Entwicklung (DAWN/Wiltshire 1992). DAWN konzipierte den *Livelihood*-Ansatz explizit als Gegenkonzept zu einem universellen Entwicklungsparadigma, das eine Makrostrategie nachholender wachstumsorientierter Entwicklung für die Länder des globalen Südens entwarf, die vermittelt über Strukturanpassung, Exportproduktion und Handelsliberalisierung zu verstärkter Natur- und Ressourcenausbeutung zwänge.

Das *Livelihood*-Konzept beansprucht, die Reproduktionsperspektive von „grassroots“-Frauen auf dem Land zu vertreten, und bezieht sich auf materielles, spirituelles, kulturelles, ökologisches und politisches Wohlergehen (Krishna 2012:13). Es geht von verschiedenen

sozialen und natürlichen Umwelten aus, die in ihren Zusammenhängen und Wechselwirkungen, d.h. als Ganzes betrachtet werden, weil sie als Ganzes ge- und erlebt werden. „Our first environment is our body, our children, families, communities and the earth that sustains us“ (DAWN/Wiltshire 1992: 1). Die Umwelten sind in die Körper und Subjektivitäten eingeschrieben (*embodied*), Lebenswelt und Alltagshandeln sind in die Umwelten eingebettet (*embedded*); die Umwelten interagieren und beeinflussen sich wechselseitig oder sind aus der Perspektive sozialer Reproduktion untrennbar verschränkt und verbunden durch sorgendes, erhaltendes, schützendes Handeln und Wissen (*connected*). „Poor women’s lives are not compartmentalised and their work is not seasonal.“ (DAWN/Wiltshire 1992: 21)

Diese genuin holistische Perspektive des Ökofeminismus stand im Widerspruch zum dreisäuligen Modell des Nachhaltigkeitsparadigmas. Die Zielorientierung der Nachhaltigkeit sollte die zunächst getrennt gedachten Sektoren Ökonomie, Ökologie und Soziales querschnittig verbinden, und zwar durch Global Governance, d.h. Regulierung von oben und durch Mitbestimmung und Mitgestaltung von unten, Local Governance (Wichterich 2012).

Die Sprache von DAWN enthält eine Vielzahl ökofeministischer Topoi mit Frau-Natur-Analogien wie dem Vergewaltigungstopos als Unterwerfungsmodus und naturalisierenden Bildern von Gesundheit und Krankheit (Wichterich 1993). Die Beziehung der Frauen auf das Soziale und Umwelt wird als Für- und Vorsorge, Pflege und Schutz, also aus einer Sorgelogik heraus konstruiert. Diese Arbeit und das Wissen, die soziale Reproduktion und natürliche Regeneration sichern, sind auf dieselbe Weise von Unterwerfung und Zerstörung bedroht wie die Natur. „Our knowledge of the earth and its care is being destroyed [...] The earth is being raped for profit.“ (DAWN/Wiltshire 1992: 4). Damit ist der Widerspruch zwischen der Logik des Profits und der Logik der Versorgung beleuchtet, der später zum Springpunkt feministischer Ökonomie wurde. *Care* ist die zentrale Vermittlungskategorie.

3 Menschenrechte und Herrschaftskritik

Diese Diskurse mit *Livelihood* als wichtigem Referenzpunkt finden sich in der *Women’s Action Agenda 21*, die Frauenorganisationen als Positionspapier vor der Rio-Konferenz 1992 formulierten, wieder. Zwar enthält dieser Aktionsplan ebenfalls einen ökofeministisch-essentialistischen Duktus, der in Bezug auf die Koexistenz mit der Natur und dem Respekt vor deren Eigenrechten das andinische Konzept des *buen vivir* vorwegnimmt. Trotzdem zeichnen sich die Konturen für eine feministische politische Ökologie und eine feministische politische Ökonomie ab.

“...Human beings are part of the web of life, not above its laws. We have a special responsibility to respect all of the Earth community... As caring women... experience daily the violence of environmental degradation, poverty, and exploitation of their work and bodies. As long as Nature and women are abused by a so-called "free market" ideology and wrong concepts of "economic growth," there can be no environmental security.” (WEDO 1992: 16)

Die Frauen-Agenda ist mehrdimensional herrschaftskritisch, bezogen auf die verschiedenen Umwelten, nämlich das Nord-Süd-Verhältnis, den kapitalistischen Markt, den militärisch-industriell-technologischen Komplex, gewaltförmige Naturausbeutung, soziale Ungleichheit und patriarchale Geschlechterverhältnisse. In diesem Rahmen plädiert sie für eine neue Ethik des Wirtschaftens und des Naturbezugs mit einer Wahrung biologischer und kultureller

Vielfalt sowie für ein Empowerment von Frauen durch reproduktive und Ressourcenrechte, Partizipation und Entscheidungsmacht.

Die Doppelperspektive der Agenda – einerseits Inklusion, Partizipation und Gleichheit in Global Governance Prozessen zu fordern, andererseits mit der Vision einer Remoralisierung des Wirtschaftens und der Naturbezüge eine Systemtransformation anzufordern – bestimmte den Bezug von Frauenbewegungen auf die Aushandlungsprozesse bei den Vereinten Nationen (UN). Dort etablierten Frauennetzwerke als starke zivilgesellschaftliche Kraft eine neue Kultur der Partizipation mit dem Frauen-/Menschenrechtsparadigma als zentralem Referenzrahmen. Erstmals mischten sie sich als „*Global Women's Lobby*“ mit Lobbying und dem Mainstreaming von Genderperspektiven systematisch in alle entwicklungs- und umweltpolitischen Sektoren ein – mit dem historischen Erfolg, dass die *Agenda 21*, das Abschlussdokument der Konferenz, Frauen als wichtige Nachhaltigkeitsakteurinnen anerkennt, ihnen Partizipation an Entscheidungen wie auch gleiche Eigentums- und Erbrechte als Grundausstattung des freien bürgerlichen Marktakteurs, des homo oeconomicus, zubilligt (UN 1992:277). Das setzte Gender-Mindeststandards für die UN-Folgekonferenzen. Die Würdigung von Frauen als „*privileged environmental managers*“ verweist jedoch auf die Inklusion in das Konzept von Umweltmanagement und Ökoeffizienz analog zur ökonomischen Effizienz. Auch der Bezug auf *Livelihoods* findet sich wieder, jedoch in einer auf Erwerbsarbeit und Geldeinkommen reduzierten Form: „*provide all persons urgently with the opportunities to earn a sustainable livelihood*“ (Krishna 2012:14).

Dagegen hat die Strukturkritik an Entwicklung durch ressourcen- und energieintensive Wachstum kaum Eingang in die *Agenda 21* gefunden. Im Gegenteil: Diese lebt von einem Optimismus gegenüber Markt-, Effizienz- und Techniklösungen der Umwelt- und Entwicklungsprobleme, aber auch von einem Optimismus in Bezug auf politische Regulierung, internationale Konsensfähigkeit und Partizipation zivilgesellschaftlicher Kräfte, inklusive der Privatwirtschaft, von der lokalen bis zur globalen Governance. Marktförmige und technologische Ansätze von Umweltmanagement und Ökoeffizienz bestimmten in der Folgezeit die Leitidee von Nachhaltigkeit.

4 Dilemmata zwischen Essentialismus und Intersektionalität

Frauennetzwerke hatten seit den 1990er Jahren bei allen UN-Konferenzen einen Linkage-Caucus eingerichtet, ein regelmäßiges Treffen von Teilnehmerinnen, die den menschen-/frauenrechtlichen Zusammenhang der zentralen Konferenzthemen – Entwicklung, Umwelt, Bevölkerung, Menschenrechte, Soziales, Frauen, Habitat, Ernährung – im Blick behalten und sicherstellen wollten, dass ein Thema nicht auf Kosten anderer verhandelt wurde.

Trotzdem führten „NGOisierung“, Professionalisierung und Spezialisierung in den internationalen Frauenbewegungen wie auch in der Geschlechterforschung zur Fragmentierung der Themen, des Wissens und der Organisationen. Dabei entfernten sich feministische Diskurse über Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Naturverhältnisse wie auch in den Umweltwissenschaften zunehmend vom der 1980er Jahre. Der „cultural turn“, d.h. die linguistische, dekonstruktivistische und räumliche Wende in den Kultur- und Sozialwissenschaften, bewirkte auch hier eine zunehmende Ablösung vom Essentialismus der zweiten Frauenbewegung des Westens (Elmhirst 2011; Leach 2007). Aus post-kolonialer Perspektive wurden westliche Universalismusansprüche und eurozentristische Wissensregime kritisiert. Ein kritischer Fokus liegt auf dem „Othering“, den Machtmechanismus, der Frauen,

Natur, das Private, die soziale Reproduktion, Gemeingüter, das Außermarktliche, die Indigenen, Schwarzen etc. als „Anderes“, Normabweichung und Minderwertiges definiert.

In der Folge betrachtete feministische politische Ökologie geschlechtsspezifische ökologische Handlungsmuster und Naturbezüge kontextualisiert, nämlich in ihrem komplexen kulturellen und sozialen Bedingungs-nexus, und intersektional, nämlich aus der Perspektive der Überschneidung der sozialen Kategorie Geschlecht mit anderen Herrschafts- und Unterdrückungsstrukturen wie Klasse und Kaste, Ethnie, Alter, Herkunft, Sexualität etc. Dianne Rocheleau et al. (1996) identifizierten drei zentrale vergeschlechtlichte Themenfelder: Umweltwissen, Umweltrechte und -pflichten, Umweltpolitik und -aktivismus. Feministische politische Ökologie analysiert Machtstrukturen in Geschlechter- und Naturverhältnissen, indem sie in einem Mehrebenenansatz den Bogen spannt zwischen lebens- und alltagsweltlichen Zusammenhängen, den *Livelihoods*, den Produktions- und Lebensweisen einerseits und den Politiken und der politischen Ökonomie andererseits.

Dagegen hielten im Anschluss an die erfolgreichen Kämpfe der 1990er Jahre Umwelt- und Frauenrechtsaktivist_innen in politischen und menschenrechtlichen Auseinandersetzungen im Rahmen von Global Governance meist an einem strategischem Essentialismus fest. Die Unterstellung eines politischen Kollektivsubjekts „Frauen“ erwies sich beim Lobbying und beim Gender Mainstreaming in der politischen Verhandlungspraxis als durchsetzungsmächtig, allerdings meist um den Preis, dass die Herrschaftskritik von Geschlechterpolitik entschärft und ihre Dynamik auf Gleichstellung und Inklusion reduziert wurde.

Damit korrespondiert, dass internationale Organisationen Genderbezüge in ihre Programmatik auf Basis essentialistischer, zweigeschlechtlich-kodierter Zuschreibungen und der Unterstellung der heterosexuellen Familie als universeller Norm aufnehmen. Damit ist zwar das alte frauenpolitische Ziel umgesetzt, Geschlechterhierarchien sichtbar zu machen – systematisch im Weltentwicklungsbericht 2012 als „gender gap“ (The World Bank 2011). Doch bei diesen geschlechtsbinären Modellen setzt sich ein liberaler Tunnelblick auf formale Gleichstellung und Inklusion innerhalb bestehender Strukturen durch, der die systemtransformatorischen Potentiale von Geschlechterpolitik schleift.

So wurde bei den Verhandlungen zur Biodiversitätskonvention ein Gender-Aktionsplan verabschiedet, der Frauen Zugangs- und Vorteilsausgleich zusichert, jedoch soziale Unterschiede der Ressourcennutzung zwischen Kleinbäuerinnen, Großgrundbesitzern, indigenen Ethnien und Agrarkonzernen ausblendet. Auch bei den ansonsten konsensunfähigen internationalen Klimaverhandlungen in Doha 2012 wurde in einer Erklärung mehr Partizipation von Frauen in den Delegationen und Gremien gefordert. Frauen- und Genderorganisationen feierten dies als Erfolg jahrelanger Lobbyarbeit und als Fortschritt in Bezug auf die Aufmerksamkeit für Genderaspekte in der Klimapolitik. Doch bedeutet eine Geschlechterbalance bei Klimaverhandlungen noch nicht automatisch eine geschlechtersensible Klimapolitik. Genausowenig wie die Vorteilsbeteiligung von Frauen an der Patentierung von genetischen Ressourcen keine geschlechtergerechte Biodiversitätspolitik bewirkt, die Frauen als Eignerinnen von Saatgut und lokalen Sorten vor Biopiraterie schützen würde. Vielmehr werden Frauen in neue kapitalistische Wertschöpfungs- und Wachstumsstrategien eingebunden.

5 Ökonomisierung der Natur und Inklusion der Anderen

Der „neoliberal turn“, die Ökonomisierung von Natur, ist die entscheidende Wende in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen und Nachhaltigkeitspolitiken seit der ersten Rio-Konferenz 1992 (Castree 2008). Die In-Wert-Setzung, Vermarktung und Finanzialisierung von „Naturkapital“ geschieht im Rahmen der Globalisierung des wachstumsgerichteten Entwicklungsmodells, das die ressourcen- und energieintensive Industrialisierung mit hohen ökologischen Kosten verstärkt und lokale *Livelihoods* durch Ressourcenextraktivismus, Verlust von Biodiversität und Commons wie auch durch Land- und Wasser-*Grabbing*“ weiter prekariert. Diese Ökonomisierung, nämlich Teile der Natur wie auch „Umweltdienstleistungen“ mit einem monetären Preis zu versehen und als Ware zu handeln, wird als beste Methode des Umwelt- und Naturschutzes legitimiert (McAfee 2011). Mit dieser Neoliberalisierung ging ein Privatisierungsschub und ein Machtzugewinn der Privatwirtschaft einher, der sich bei der Aushandlung von Global Governance Regimen als vom Markt ausgehende *economic and financial governance* gegenüber der Politik zeigt.

Global Governance Instrumente wie TRIPS (*Trade Related Intellectual Property Rights*) und die Patentierung von genetischen Ressourcen, Nicolas Sterns Konzept der *Economics of Climate Change* (2006) mit dem Handel von Emissionsrechten und Clean-Development-Zertifikaten, und die TEEB-Studie, *The Economics of Ecosystems and Biodiversity* (2010) haben die Ökosysteme in milliardenschwere Märkte verwandelt. Über die realwirtschaftlichen Land-, Wasser-, Gen- und Kohlestoffmärkte wölben sich an den Börsen zunehmend Finanzialisierungsblasen. Die Spekulation z.B. auf Wetter, Ernten und Nahrungsmittelpreise, und die Wertschöpfungsketten von Future-Produkten, Hedgefonds oder Derivaten schaffen Hunger in einer Welt des Überflusses und zerstören soziale und ökologische Sicherheiten, um Rendite zu erzeugen. Der Widerspruch zwischen der Logik kapitalistischer Märkte und der Logik sozialer und natürlicher Reproduktion spitzt sich zu (Salleh 2012).

Als Global-Governance-Instrument, um die Finanzkrise, die Energiekrise und den Klimawandel zu überwinden, präsentierten die UN und andere westlich dominierte Global Player wie die OECD und die Europäische Union Konzepte eines *Green New Deal* oder einer *Green Economy* (UNEP 2011). Das Umsteuern von Investitionen, Jobs und Technologien von der braunen zur grünen Ökonomie verknüpft eine Ökologisierung der Wirtschaft mit einer Ökonomisierung der Natur. Mit dem vorrangigen Ziel, Wachstum zu vernachhaltigen, liegt der Fokus auf Märkten, Technik und effizienterer Ressourcennutzung, während es an einem konsistenten Menschenrechtsansatz, einem kohärenten Konzept von Gerechtigkeit, Umverteilung und sozialer Nachhaltigkeit mit bezug auf *Livelihoods* and Gender fehlt (UNRISD 2012).

Die andere Seite der Neoliberalisierung von Naturverhältnissen ist jedoch, dass bisher Ausgeschlossene, Marginalisierte und als „anders“ Definierte in grüne Wertschöpfungs- und Wachstumsprozesse einbezogen werden. In der grünen Ökonomie sollen transnationale Wertschöpfungsketten und inklusive Geschäftsmodelle wie Outsourcing, Vertragsanbau und Franchise lokale Ressourcen und *Livelihoods* mit der Verwertung und dem Handel auf dem Weltmarkt verbinden (DCED 2012). Wertschöpfungsketten gelten als wichtigste Strategie der Armutsminderung durch Marktinklusio von Armen, Indigenen, informell und prekär Arbeitende, darunter viele Frauen (Royal Tropical Institute et al. 2012). Ebenso sollen lokale Bevölkerungsgruppen und Indigene, die Böden, Wald und Biodiversität nutzen und erhalten, an den Gewinnen aus der Vermarktung der Ressourcen – sei es durch Patentierung oder aus dem Handel mit Zertifikaten für CO₂-Senken – beteiligt werden. Da die bisher Ausgeschlossenen jedoch keine Kontrolle über diese Produktions- und Handelsstrukturen bekommen, ist diese Inklusion paradox, gleichzeitig Empowerment, Abhängigkeit und Ausbeutung. Einerseits werden Marktsektoren mit Win-Win-Versprechen für bisher

Ausgeschlossene und Marginalisierte geöffnet, andererseits werden vermittelt über die Nutzer_innen und Eigner_innen vor Ort lokale Lebensgrundlagen für die Kommodifizierung und Vermarktung als Ressourcen und Senken zugänglich gemacht.

Frauen sind als Hüterinnen des Saatguts, als Bewahrerinnen biologischer Vielfalt und lokalen Wissens, als Kleinbäuerinnen und Küchengärtnerinnen und als Zuständige für die Kochenergie ländlicher Haushalte eine besondere Zielgruppe dieses inklusiven Liberalismus und der Nutzung des globalen Südens als Ressourcenquelle und Senke (Porter/Craig 2004). Damit verleiht sich der kapitalistische Markt auch Produktions- und Austauschformen ein, die seiner Verwertungslogik bislang nicht vollständig unterworfen waren, sondern sozialen, ökologischen und moralischen Prinzipien gehorchten.

Transnationale zivilgesellschaftliche Netzwerke wie Women's World March (2012), Via Campesina und World Rainforest Movement lehnten deshalb die *Green Economy* als Legitimation neokolonialen Raubbaus an den Ressourcen im globalen Süden und Begründung kapitalistischen Wachstums ab.

6 Von Livelihoods zu buen vivir

Im Zuge der Schwächung und Fragmentierung herrschaftskritischer sozialer Bewegungen wurde es in den 2000er Jahren auch um feministische politische Ökologie stiller. 2010 beklagten afrikanische Feministinnen auf ihrem Forum in Dakar, Senegal, dass Ökofeminismus, Aktivismus zu Umweltgerechtigkeit und Frauenbewegungen wenig miteinander verbunden seien und dass sich feministische Wissenschaft, aber auch NGOs von der zivilgesellschaftlichen Basis entfernt hätten. Unter dem Motto „*reconnecting with ourselves and our communities*“ wurden Kohärenz der feministischen Agenden und Synergien der Akteurinnen eingefordert (AFF 2010). Auch die fünf Kernthemenfelder des *Global Women's Territory* beim Peoples' Summit in Rio 2012, – nämlich Körper, Energie und Ressourcen, Gemeingüter (Commons), Arbeit und Ernährung – sollten refokussieren, verknüpfen und eine ganzheitliche Sicht zurückgewinnen (Scampini 2012). Die Wiederaufnahme des *Livelihood*-Diskurses im Vorfeld der Rio+20-Konferenz in dem Sammelband „*Women reclaiming sustainable livelihoods. Spaces lost, spaces gained*“ verweist auf die Aktualität des Konzepts unter veränderten Bedingungen. Dieser Rückgriff steht aber auch im Kontext der derzeitigen visionären Schwäche der Zivilgesellschaft, die mit ihrer Einbindung in das herrschende Entwicklungsmodell einherging (Harcourt 2012: 1).

Gleichzeitig wurde im Kontext des globalen Neoliberalismus der Ruf nach einer herrschafts- und hierarchiekritischen Repolitisierung von Geschlechterdiskursen und Naturbezügen, z.B. statt ökofeministischer „Romantisierung“ und statt post-strukturalistischer Auflösung der Kategorie Gender, gefordert (Elmhirst 2011; Hawkins/Ojeda 2011). Im Zentrum stehen dabei erneut *Livelihoods* und Lebenswelten, vor allem aber auch *Care*, das Sorgen um, Versorgen und Erhalten von Mensch und Natur. MacGregor (2010) sieht *Care* als Konstituenz von feministisch ökologischer Bürgerschaftlichkeit (*Citizenship*) und als Handlungslogik, die die Trennung von privat und öffentlich, Produktion und Reproduktion überwindet. Diese Logik widersetzt sich sowohl in der Alltagspraxis als auch in politischen Kämpfen an der Basis der Privatisierung von Gemeingütern, der Verschiebung von ökologischen und sozialen Risiken in die Haushaltsökonomien wie auch der Finanzialisierung von Natur und der Ökonomisierung von Umweltproblemen (auch Charkiewitz 2012).

Zwar bemühen sich viele *grassroots*-Frauen aus Überlebensinteressen und Mangel an Alternativen um eine Inklusion in den Markt und in Wertschöpfungsketten, ganz in der Hoffnung auf die versprochenen Gewinne. Im Fall von Land- und Wasser-Grabbing, neuen infrastrukturellen Großprojekten wie Staudämmen, Highways und Kernkraftwerken und des zerstörerischen Raubbaus an Bodenschätzen in indigenen Gebieten sind Frauen aber auch prominent am Widerstand gegen einen industrialisierten wachstumsbesessenen und ressourcenintensiven Entwicklungsweg beteiligt. Frauen führten die Proteste gegen die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge im bolivianischen Cochabamba und in Südafrika ebenso an wie die Kämpfe gegen die Aneignung von Grundwasser durch Coca Cola, gegen genverändertes Saatgut von Monsanto in Indien und Ölausbeute durch den Shell-Konzern in Nigeria. Sie stehen in der ersten Reihe beim Kampf gegen Umweltzerstörung durch Fracking in Polen und England und organisieren in vielen Ländern Camps und Tribunale zum Klimawandel. Sie führen Anti-AKW-Proteste vor Ort an und blockieren für Investoren den Zugang zu Land und Ressourcen (Federici 2011). Als zentrale Ernährungsarbeiterinnen protestieren sie gegen Preissteigerungen und legen eigene Saatgutbanken und Tauschbörsen an. Bei diesem „Umweltschutz der Armen“ geht es zuallererst um „Verteidigung ihrer Lebensrechte“ und ihrer *Livelihoods*, weniger um Naturschutz (Martinez-Alier 2002). 2009 wurde auf dem Weltsozialforum in Belem ein „Globales Netzwerk zu Frauen und ein Recht auf Livelihood“ gegründet.

Lokale Gruppierungen, Kleinbäuer_innen und Solidar-Akteur_innen entwickeln alternative Praktiken, die quer liegen zur Ökoeffizienz, zum Akkumulationstrieb und zur Konkurrenz auf grünen und braunen Märkten. Aus *Livelihood*-Interesse fordern lokale Gruppen Ressourcenrechte an der Biodiversität und an Saatgut, Energiedemokratie, Ernährungs- und Wassersouveränität und Zugang zu öffentlichen Räumen und Strukturen in der Stadt – alles Konzepte, die ein *Commoning*, die Konstituierung von *Commons* durch selbstbestimmte Gestaltungs- und Regelungsregime notwendig machen.

In diesem Kontext entstehen aber auch neue strategische Dilemmata für eine Genderperspektive und das Frauenrechtsparadigma. Individuelle Land- und Erbrechte für Frauen sind eine Schlüsselforderung der Geschlechtergleichheit. Mit Bezug auf das derzeitige Land-*Grabbing* wird jedoch kontrovers diskutiert, welche Form von Landbesitz und Nutzungsrechten Frauen besseren Schutz vor Enteignung gibt: kollektive Nutzungsrechte und Gemeineigentum oder individuelle Landtitel. Einerseits diskriminieren die lokalen Gemeinschaften Frauen, wenn es um Kontrolle und Entscheidungsmacht über *Commons* geht, andererseits stehen individuelle Landrechte in der Logik der Privatisierung von Land durch Landmärkte, wie die Weltbank sie forciert, und der Liberalisierung, die zur Einhegung durch aus- und inländische Großinvestoren führt und die bäuerlichen und nomadischen Nutzer_innen ausgrenzt.

Ein wichtiges Gegenmodell zur neoliberalen Globalisierung angesichts der Krise von Visionen ist das Konzept des *buen vivir* – *sumak kawsay* –, das Indigene in den Anden auf Grundlage ihrer Kosmvision und aus postkolonialer Perspektive als Alternative zur westlichen Zivilisation und zum dominanten Entwicklungsmodell erproben und das in die Verfassungen von Bolivien und Ecuador eingegangen ist. Ein Dreh- und Angelpunkt dieses Konzepts ist der Respekt für die Natur – Pachamama – als Rechtssubjekt und die Ko-Existenz von Mensch und Natur in kultureller, sozialer und biologischer Diversität. Darin aufgehoben ist das *Livelihood*-Konzept mit einer Wertschätzung aller Formen von Arbeit und der Überwindung der Trennung von Produktion und Reproduktion.

7 Schlussfolgerung

Gerade mit vielfältigen Bezügen auf das Konzept *buen vivir* schloss sich 2012 beim *Peoples' Forum* in Rio aus feministischer Perspektive ein Bogen zum *Livelihood*-Konzept und zu herrschaftskritischen, teils auch ökofeministischen Diskursen zwei Jahrzehnte zuvor. Mit der Rückkehr zur lokalen und nationalen Handlungsebene gehen eine Desillusionierung und kritische Distanzierung gegenüber den Global Governance Regimen und Kooperationsmöglichkeiten mit internationalen Institutionen einher. In diesem neuen Zyklus sozialer Bewegtheit stellt der Widerstand gegen die Ökonomisierung von allem Lebendigem, Körpern und Natur eine Klammer um die fragmentierten Bewegungen und Diskurse dar, die emanzipatorische und transformatorische Ziele verfolgen. Doch dieser neue Bewegungszyklus und die entsprechende neue Protestgeneration ist nicht mehr gekennzeichnet durch die eine große Utopie und die Hoffnung auf eine große Transformation. Im Vordergrund stehen die vielen kleinen Transformationen, die Suche nach strategischen Übergängen und demokratischen und solidarischen Handlungsalternativen basierend auf sozialer und kultureller Heterogenität der Akteur_innen. Die Fluchtpunkte für die Zukunft sind durch das „Andere“ markiert.

Literatur

- AFF (African Feminist Forum) (2010): Conference Report
<http://www.africanfeministforum.com/wp-content/uploads/2012/04/AFF-Report-2010.pdf> (15.5.2013)
- Castree, Noel (2008): Neo-liberalising Nature, in *Environment and Planning A* 40(1), 131-173
- Charkiewicz, Ewa (2012): Von Biopolitiken zu Nekropolitiken? Eine feministische Kritik des diskurses zum Klimawandel, in: Caglar, Gülay/Mar Castro Varela, Maria do/Schwenken, Helen (Hrsg.) (2012): *Geschlecht – Macht – Klima*, Opladen/Berlin/Toronto, 191-203
- DAWN /Wiltshire, Rosina (1992): *Environment and Development: Grass Roots Women's perspective*, Barbados
- DCED (The Donor Committee for Enterprise Development)/BMZ (2012): *Women's participation in Green Growth – A potential fully realised?* Bonn/Berlin
- Elmhirst, Rebecca (2011): Introducing new feminist political ecologies in: *Geoforum* 42 (2011), 129-132
- Federici, Silvia (2011): Women, Land Struggles, and the Reconstruction of the Commons. In: *WorkingUSA: the Journal of Labor and Society* 14, 41-56
- Hawkins, Roberts/Ojeda, Diana (eds.) (2011): A Discussion, in: *Environment and Planning: Society and Space*, vol 29, 237-253
- Harcourt, Wendy (ed.) (2012): *Women Reclaiming Sustainable Livelihoods. Spaces Lost, Spaces Gained*, Chippenham and Eastbourne
- Krishna, Sumi (2012): Redefining Sustainable Livelihoods, in: Harcourt, Wendy (ed) (2012): *Women Reclaiming Sustainable Livelihoods. Spaces Lost, Spaces Gained*, Chippenham and Eastbourne, 12-19
- Leach, Melissa (2007): Earth mother myths and other ecofeminist fables: how a strategic notion rose and fell, in: *Development and change* 38 (1), 67-85
- MacGregor, Sherilyn (2010): Earthcare or Feminist Ecological citizenship? In: *femina politica*, 01/2010, 22-32

- Martinez-Alier, Joan (2002): *The Environmentalism of the Poor. A Study of Ecological Conflicts and Valuation*, Cheltenham
- McAfee, Kathrin (2011): *Nature in the Market-World: Social and Development Consequences and Alternatives*.
[www.unrisd.org/80256B42004CCC77/\(httpInfoFiles\)/3F9726366CFA71A6C12579210032B07B/\\$file/1-2%20McAfee.pdf](http://www.unrisd.org/80256B42004CCC77/(httpInfoFiles)/3F9726366CFA71A6C12579210032B07B/$file/1-2%20McAfee.pdf) (20.03.2013)
- OECD (2011): *Towards Green Growth*. Paris
- Porter, Doug / Craig, David (2004): *The Third way and the Third world: poverty reduction and social inclusion in the rise of inclusive liberalism*, in: *Review of International Political Economy* 11(2): 387-423.
- Rocheleau, Dianne / Thomas-Slayter, Barbara / Wangari, Esther (Hrsg.) (1996): *Feminist Political Ecology: Global Issues and Local Experiences*. London
- Royal Tropical Institut et al. (2012): *Challenging Chains to change. Gender equity in agricultural value chain development*, Amsterdam
- Salleh, Ariel (2012): *Rio+20 and the Green Economy: Technocrats, Meta-Industrials, WSF and Occupy*, <http://www.zcommunications.org/rio-20-and-the-green-economy-technocrats-meta-industrials-wsf-and-occupy-by-ariel-salleh> (30.05.2013)
- Scampini, Alesandra (2012): *People's Summit at Rio+20: Movements Demand Structural Changes!*
<http://www.awid.org/News-Analysis/Friday-Files/People-s-Summit-at-Rio-20-Movements-Demand-Structural-Changes> (30.05.2013)
- Stern, Nicolas (2006): *Report on the Economics of Climate Change*. Online publication:
<http://webarchive.nationalarchives.gov.uk> (20.03.2013)
- Tandon, Nidhi (2012): *Empowerment of Women in a Green Economy in the Context of Sustainable Development and Poverty Eradication*. UN-Women Paper for Rio+20 and the Green Economy. Toronto.
- TEEB (2010): *The Economics of Ecologies and Biodiversity* www.teebweb.org
- The World Bank (2011): *World Development Report 2012. Gender equality and Development*. Washington D.C.
- UN (United Nations) (1992): *Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung* http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf (20.03.2013)
- UNEP (2011): *Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication*. Online publication: www.unep.org/greeneconomy (20.03.2013)
- UNRISD (2012): *Social Dimensions of Green Economy, Research and Policy Brief 12*. Geneva.
- WEDO (Women, Environment and Development Organisation)(1991): *Official report, World Women's Congress for a Healthy Planet*, Washington
- Wichterich, Christa (2012): *Die Zukunft, die wir wollen. Eine feministische Perspektive*. Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin
- Wichterich, Christa (1993): *Die Rückkehr der Weisen Frauen. Zur Konstruktion von Weiblichkeit im Diskurs über Frauen - Ökologie - Entwicklung*, in: *Peripherie* 51/52, S.120-137
- World Rainforest Movement (2012): *New crossroads, same actors: The green economy of the powerful, voices of resistance of women*, www.wrm.org.uy/bulletin/176 (30.05.2013)